

Die Polizei-Newsletter Bücher-Ecke:
*Buchbesprechungen zu Polizeipolitik, Polizeiwissenschaft
und Polizeimanagement*

**Roger Matthews, Jock Young (Hrsg.):
The New Politics of Crime and Punishment
Willan Publishing, Cullompton, Devon, UK
260 Seiten, £17.99 (paperback), £40.00 (hardback)**

Das politische Klima in Großbritannien hat sich in den letzten 10 Jahren massiv verändert. Unter zwei aufeinander folgenden Labour-Regierungen unter Tony Blair wurden wichtige qualitative und quantitative Veränderungen registriert. Die Beiträge in dem von Matthews und Young, zwei bekannten britischen (kritischen) Kriminologen herausgegebenen Buch beschäftigen sich mit der Entstehungsgeschichte, den Hintergründen und Ursachen und den Konsequenzen dieser Politik.

Obwohl, so argumentiert das Buch, sich die registrierte Kriminalität in den letzten 10 Jahren kaum verändert hat, ist die Zahl der Strafgefangenen massiv angestiegen und das Thema Kriminalität dominiert in den Medien und auch in politischen Diskussionen.

Das im Juni 2003 veröffentlichte Buch besteht aus insgesamt 11 einzelnen Beiträgen verschiedener Autoren, die sich mit unterschiedlichen Aspekten dieser „New-Labour-Kriminalpolitik“ beschäftigen. Im folgenden sollen die Beiträge vorgestellt werden, die für die polizeiwissenschaftliche Diskussion von Bedeutung sind.

Das Eröffnungskapitel der beiden Herausgeber (Jock Young, Roger Matthews, *New Labour, Crime Control and Social Exclusion*, S. 1-32) beschäftigt sich ausführlich mit der Entstehungsgeschichte dieser Kriminalpolitik, die mit einem Beitrag von Tony Blair im Jahre 1993 begann, in dem sich der auch heute noch in Deutschland zitierte Satz „tough on crime, tough on the causes of crime“ (hart gegen die Kriminalität, hart gegen die Ursachen von Kriminalität) befindet. Die Autoren weisen dabei nach, dass mit dieser Politik ein massiver sozialer Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen verbunden war. Diese „social exclusion“, so ihr Argument, verursacht neben allgemeinen sozialen Problemen auch erst die Kriminalität, die die Kriminalpolitik der New Labour vorgibt zu bekämpfen. Neben dem sozialen und ökonomischen Ausschluss wird dazu noch ein politischer Ausschluss dieser Gruppen betrieben, der sich auch negativ auf die demokratischen Strukturen auswirkt. Zusätzlich führen die kriminalpolitischen Maßnahmen von New Labour zu einer Verdrängung von Kriminalität heraus aus den wohlhabenden Gegenden hin in ärmere Regionen. Die daraus entstehende Ungleichheit beim Opferwerden verstärkt noch die Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppen, die die beiden Autoren bereits in den 70er Jahren angeprangert hatten. Als Konsequenz der von ihnen damals konstatierten stärkeren Kriminalitätsbelastung unterer sozialer Schichten hatten sie damals polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität dort gefordert – und sich massive Kritik anderer „kritischer“ Kriminologen zugezogen.

Inhaltlich intensiver mit diesem Thema beschäftigt sich Jock Young in seinem Beitrag (*Winning the fight against crime? New Labour, populism and lost opportunities*, S. 33-47). Er geht dabei auch auf die immer wieder geführte Diskussion ein, ob mehr Polizei (wie von Tony Blair und der Labour Partei gefordert und durchgesetzt) tatsächlich ein weniger an Kriminalität bedeutet. Er zeigt auf, dass in Großbritannien zwischen 1991 und 1999 die Kriminalitätsrate um 20% fiel, und die durchschnittliche Fallbelas-

tung pro Polizeibeamten um 19% zurückging. Durchschnittlich klärt im übrigen auch in Großbritannien ein Polizeibeamter etwa 10 Straftaten pro Jahr auf – 1991 waren es noch 12. Ob man daraus tatsächlich, wie Jock Young das tut, eine niedrigere polizeiliche Effektivität ableiten kann, wird man bestreiten müssen. Andererseits lassen sich aus diesen Zahlen aber auch keine Gründe für eine derart massive Finanzspritze ableiten, die die britische Regierung für 2003 und 2004 beschlossen hat: Rund 1,6 Milliarden Pfund sollen der Polizei zusätzlich zur Verfügung gestellt und 6.000 neue Stellen geschaffen werden. Jock Young kritisiert auch die (in England wie in Deutschland) seit einiger Zeit praktizierte Politik, sog. „Intensivtäter“ ins Visier zu nehmen. Bei 4 Millionen ungeklärter Taten – so sein Argument – sei es müßig über 100.000 Wiederholungs- oder Intensivtäter zu diskutieren. Solange man nämlich nicht wisse, wer diese 4 Mio. Taten begehe, und solange die Aufklärungsrate bei etwa 24%, bei einzelnen Delikten sogar noch niedriger (Einbruch 18%, Raub 13%) liege, solange werden möglicherweise die Falschen mit intensiven repressiven Maßnahmen bedacht. Die Gefangenenanzahl stieg in Großbritannien übrigens zwischen 1990 und 2002 von 47.000 auf 71.000 an – mit dem Ergebnis, dass dieses Land nunmehr die zweithöchste Gefangenenquote in der Europäischen Union hat.

Ausdrücklich mit „Polizeipolitik“ beschäftigt sich der Beitrag von Denise Martin (*The politics of policing: managerialism, modernization and performance*, S. 154-177). Sie thematisiert dabei das „Modewort“ von der Modernisierung der Polizei, das von New Labour 1997 geprägt wurde und kritisiert vor allem die nach wie vor vorhandene Fixierung auf Aufklärungsquoten und den in Großbritannien inzwischen üblichen Ranglisten-Vergleich zwischen einzelnen Polizeibehörden. Der Kampf von Behörden untereinander um die besten Plätze in der „Liga-Tabelle“ ist in ihren Augen wenig hilfreich, um tatsächlich gute Polizeiarbeit zu leisten. Zudem werde dadurch das interne Arbeitsklima verschlechtert. Die ausschließliche Orientierung an der Kriminalitätsbekämpfung ohne Berücksichtigung der sonstigen polizeilichen Aufgaben (wie Konflikt-schlichtung und Hilfeleistung, aber auch Prävention) dient weder den Bürgern, noch der Polizei selbst. Eine ständigen Reformen unterworfenen Polizei wird irgendwann zur um sich selbst drehenden Organisation, die nur noch ihren Tabellenplatz in der Polizei-Bundesliga im Auge hat und ihre Aktivitäten entsprechend ausrichtet.

Thomas Feltes, Juli 2003